

## Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der  
Ausländerbeiräte Hessen-  
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31  
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 50

Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de  
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 04. Februar 2020

**Ausländerbeiräte kritisieren erneut, gezielt zu spät in die Pläne der Hessischen Landesregierung zur HGO-Novellierung eingeweiht worden zu sein**

### **„Ausländerbeiräte bewusst hinters Licht geführt? Eine andere Erklärung gibt es nicht!“**

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) hat ihre Kritik gegenüber dem Vorhaben der Hessischen Landesregierung, kommunale Ausländerbeiräte mit einem Optionsmodell durch Integrations-Kommissionen zu ersetzen, heute erneuert.

Aktueller Anlass sind die jetzt veröffentlichten Stellungnahmen der hessischen kommunalen Spitzenverbände zum Gesetzesentwurf, in denen diese ebenfalls bemängeln, dass ihnen der Gesetzesentwurf so spät vorgelegt wurde und ein angemessener Zeitraum, sich mit dem Gesetzesentwurf zu befassen, nicht zur Verfügung stand.

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) kritisierte bereits, erst im allerletzten Moment darüber informiert worden zu sein, dass ein Gesetzesentwurf erarbeitet wurde, anstatt zunächst einen Dialog zu führen.

„Es ist empörend, wie die Informationspolitik der Landesregierung ausfällt! Den hauptbetroffenen Ausländerbeiräten wurde erst in einem Dialoggespräch am 21.11.2019 ein vages Konzept erläutert. Schriftliche Unterlagen dazu durften den Delegierten des Landesausländerbeirats erst in der Plenarsitzung am 28.11.2019 vorgelegt werden“, so Enis Gülegen heute in Wiesbaden. Der Gesetzesentwurf wurde am 03.12.2019 im Hessischen Landtag eingebracht.

Dies stellt einen Affront erster Güte dar und lässt tief blicken, so Gülegen weiter.

„Der Gesetzesentwurf führt in der Praxis zu einer Abschaffung der Ausländerbeiräte und einem Verlust des Wahlrechts für viele hier lebende Migrantinnen und Migranten. Das ist ein brutaler Abbau demokratischer, gesetzlich verbrieftter Rechte! Der Verdacht liegt nahe, dass jeglicher Protest dagegen bewusst verhindert werden sollte“ sagte der agah-Vorsitzende Enis Gülegen.